

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

146 (28.10.1948)



WIRTSCHAFTS- UND POLITIK-NEWS

Die deutschen Demontage-Vorschläge

Prof. Erhard: Das demokratische Recht der Deutschen, fair an die Alliierten zu appellieren

(Von unserer Frankfurter Redaktion)
Frankfurt a. M., 27. Okt. Professor Dr. Erhard gab am Mittwoch in Frankfurt vor der Presse eine Darstellung der Besprechungen mit dem ERP-Administrator Paul G. Hoffman. Er widersprach dabei einer von Dena aus Berlin gesendeten Nachricht, daß General Clay das Demontage-Memorandum an Oberdirektor Dr. Funder zurückgeleitet habe mit dem Be-

merken, daß die offiziellen Vertreter Westdeutschlands sich nicht über die Militärdemontage hinwegsetzen können. Erhard erklärte, daß ihm von einem solchen Verhalten nichts bekannt und es im übrigen auch dem demokratischen Recht der deutschen Vertreter sei, in fairer Weise an die Regierungen der Alliierten heranzutreten und ihnen dieses Memorandum zu überreichen.

Die deutsche Denkschrift, die am Dienstag im Wortlaut der deutschen Presse übergeben worden ist, kommt zu folgender Schlussfolgerung:

1. Demontage für die im Rahmen einer freien Wirtschaft wichtigen Betriebe bis durch einwandfreie Festlegung aller und deutscher Sachverständiger klargestellt ist, welche Teile der deutschen Industrie für den Wiederaufbau Europas und Deutschlands eingesetzt werden sollen.

2. Nicht Demontage von ganzen Betriebsanlagen sondern Leistung bestimmter Stoffe von Produktionsmitteln nach genauer Feststellung der Leistungsmöglichkeiten Deutschlands, wobei es den deutschen Stellen überlassen bleiben muß, wie und woher diese Produktionsmittel beschafft werden.

3. Gemeinsame Feststellung von Kontrollmaßnahmen zwischen deutschen und alliierten Dienststellen gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands.

In der Denkschrift, die von den elf westdeutschen Ministerpräsidenten ausgearbeitet worden ist, wird u. a. auch auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Kugelagierindustrie hingewiesen und die Wiederaufnahme der synthetischen Fettsäureerzeugung gefordert. Die Stahlwerke von 10,7 Mill. t jährlich für die Vereinigten Westzonen wird als nicht ausreichend bezeichnet, da sie auf den Inlandsbedarf eingestellt ist und die im Rahmen des Marshallplanes notwendige Ausführung nicht berücksichtigt.

Revision von Reparations-Verteilungen

Washington, 27. Okt. (AP) Die USA, Großbritannien und Frankreich haben am Mittwoch eine umfassende Revision der Verteilung deutscher Industrieanlagen als Reparationen beschlossen. Die gemeinsame Erklärung der alliierten Regierungen und Frankreich der amerikanischen Forderung nach zeitweiliger Einstellung der Demontagen während der Überprüfung nicht entsprochen haben.

Vertreter des State Department erläuterten die Erklärung der Regierungen dahin, daß die Demontage der in Frage kommenden Werke fortgesetzt wird. Nur die Auslieferung der materiellen Anlagen an die alliierten Staaten wird bis zu einer endgültigen Entscheidung eingestellt. Anlagen, die nicht auf der Liste der zu überprüfenden Werke stehen, werden weiterhin nach ihrer Demontage der Reparationsbehörden zugeteilt, heißt es in der Erklärung.

Urteils-Begründung im OKW-Prozeß

Nürnberg, 27. Okt. (Dena) Das amerikanische Militärtribunal Nr. 5 begann am Mittwoch mit der Verlesung der Urteilsbegründung im OKW-Prozeß. Im allgemeinen Schuldspruch ließ das Gericht den Angeklagten vier (Verschwörung) und drei (Anklagepunkt eins (Verbrechen gegen den Frieden) frei. Der frühere Generalfeldmarschall Hugo Sperle wurde vom Gericht mit der Begründung freigesprochen, daß er sich weder an Sauckels Programm noch zu beigetragen habe, daß sowjetische Kriegesgefangene in der Rüstungsindustrie beschäftigt wurden. Sperle soll sofort entlassen werden. Der ehemalige Generalfeldmarschall Wilhelm von Leeb wurde in Punkt drei der Anklagepunkte freigesprochen. Generalfeldmarschall Friedrich Wilhelm von Kuehler wurde nach den Punkten zwei und drei der Anklageschrift schuldig gesprochen. Oberbefehlshaber der vierten Panzerarmee, schuldig nach Punkt zwei und drei.

Einigung über den Nordatlantik-Pakt

„Der Weg für den ersten transatlantischen Militärpakt der Geschichte ist frei“

Paris, 27. Okt. (AP) Die Außenminister der fünf Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union haben am Dienstag beschlossen, die Vereinigten Staaten um den Abschluß eines Nordatlantikpaktes zu ersuchen. Nach einer zweitägigen Sitzung im französischen Außenministerium sind die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs übereingekommen, ihre Botschafter in Washington anzuweisen, die Beratung dieses Paktes mit dem State Department und dem Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten in Kürze aufzunehmen.

Ein französisch-belgischer Vorschlag auf Errichtung eines westeuropäischen beratenden Parlamentes wurde durch die britische Opposition hinfällig. Außenminister Ernest Bevin sagte jedoch zu, diese Idee gemeinsam mit den anderen vier Staaten weiter zu verfolgen.

Die Außenminister beschlossen jedoch die Bildung eines Ausschusses, der die Forderung einer größeren europäischen Einheit in den nächsten drei Monaten prüfen soll.

Doch noch Verständigung über Berlin?

Dulles: Die KP, die „Schockbrigade des Weltproletariats“

Paris, 27. Okt. (AP) In gut unterrichteten UNO-Kreisen sagte man am Dienstag voraus, daß die Verhandlungen zwischen den Großmächten und den „neutralen“ Mitgliedern des Sicherheitsrats über die Resolution zur Schlichtung der Berliner Streitfrage weitergehen würden.

In Kreisen, die dem argentinischen Außenminister, Dr. Juan Bramuglia, nahe stehen, versichert man, daß die Seiten sich jetzt schon ziemlich nahe gekommen, daß der stellvertretende sowjetische Außenminister selbst am Montag gesagt habe, die Sowjetunion wäre mit der Aufhebung der Blockade einverstanden, falls gleichzeitig die Berliner Währung eingerichtet würde.

Der internationale Kommunismus arbeitet mit den Mitteln der Gewalt, des Zwanges und des Terrors auf einen Weltfrieden hin, erklärte der außenpolitische Berater der Republikanischen Partei, John Foster Dulles, am Dienstag vor dem politischen Ausschuss der Vereinten Nationen in der Balkanabteilung.

Nach amerikanischer Frage vor der Vollversammlung als auch die Berliner Frage vor dem Sicherheitsrat hingen beide mit einer allgemeinen Anstrengung zur Ausdehnung der Macht des sowjetischen Kommunismus über die ganze Welt zusammen.

Der amerikanische Delegierte brachte eine Viermächterresolution ein, die von Großbritannien, China und Frankreich unterstützt wurde und sich gegen die „fortgesetzte Hilfe der Nachbarn Griechenlands für die Aufständischen“ wendet. Es heißt darin, diese Unterstützung gefährde den Frieden auf dem Balkan und sei nicht mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen.

Außerdem wird in der Resolution vorgeschlagen, daß die Balkankommission der Vereinten Nationen (UNSCOB) ihre Tätigkeit wieder aufnehmen soll und der Vollversammlung über die Einhaltung des Unterstufungsverbot der Vereinten Nationen durch Albanien, Jugoslawien und Bulgarien Bericht erstatten soll.

Der amerikanische Delegierte, John Foster Dulles, hielt eine seiner eindrucksvollsten Reden über die amerikanische Außenpolitik seit Beginn der Vollversammlung und sagte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, wo man auch immer hinsieht, überall müsse man die gleichen Bestrebungen der Kommunisten feststellen, nämlich Aufwiegelung von außen, und Zwang, Furcht und Gewalt von innen, um internationale politische Ziele zu erreichen.

Dulles fügte hinzu, die Ähnlichkeit der kommunistischen Bestrebungen würde deutlich werden, wenn die Vollversammlung sich mit der Koreafrage befasse. Der Sowjet, so wird den Kommunisten gegenüber nicht eher sicher sein, bevor nicht die nichtkommunistischen Nationen in ihrer Stärke und Zahl so geschwächt sind, daß der kommunistische Einfluß in der Welt vorherrscht. In diesem Zusammenhang erklärte der kommunistische Parteimitarbeiter, die „Schock-Brigade des Weltproletariats“.

Der britische Staatsminister, Hector McNeill, Maurice Couve de Murrville, Frankreich, und der chinesische Delegierte, Li Jinnan, erklärten, daß sie die Resolution unterstützen.

Angeregung zu erörtern. Damit ist der Ausschuss in der Lage, die Vorschläge der unter Führung von Winston Churchill, Leon Blum, Paul Henri Spaak und Alcide de Gasperi stehenden Europa-Bewegung entgegenzunehmen.

Aus dem nach Abschluß der Sitzung herausgegebenen Kommuniqué geht weiter hervor, daß die Außenminister die Entscheidung ihrer Verteidigungsminister, einen gemeinsamen Generalstab für Land-, See- und Luftstreitkräfte aufzustellen, ratifiziert haben. Sie billigten ferner die von den Finanzministern der fünf Staaten getroffenen Abmachungen über die Finanzierung der ständigen Ausschüsse der Union, insbesondere des Generalstabes.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafte. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.



ERP-Administrator Hoffman in Frankfurt a. M. Er wird mit dem leitenden Wirtschaftswissenschaftler der deutschen Wirtschaft besprechungen führen. (Dena-Bild)

Nur Drei-Ländervereinigung möglich

Bonn, 27. Okt. (Dena) Die drei westlichen Militärgouverneure sind, wie Dena Dienstag von gut informierten Quellen erfahren hat, einer Vereinigung aller drei südwestdeutschen Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden zustimmend. Eine Zusammenlegung von nur zwei Ländern lehnen die Militärgouverneure ab. Die Zusammenlegung von nur zwei Ländern lehnen die Militärgouverneure ab. Die Zusammenlegung von nur zwei Ländern lehnen die Militärgouverneure ab.

Die Wahlrechtsausschüsse des Parlamentarischen Rates formulierten am Dienstag einen Teil des Gesetzesentwurfes für das Wahlrecht zum Bundsparlament. Der Rest des Entwurfes soll in den nächsten drei Sitzungen des Ausschusses in dieser Woche beendet werden. Für den Wahlmodus wird der Entwurf eine Eventuallösung enthalten, so daß der Zeitpunkt dieser Frage dem Plenum überlassen bleibt. In dem Entwurf wurden die wesentlichen Bestimmungen des früheren Reichswahlgesetzes und der gegenwärtig gültigen Entnazifizierungsgesetze berücksichtigt. Die Wahlbarkeit der Flüchtlinge und Ausgewiesenen soll gesichert werden.

Der Ausschuss für Grundstanzfragen beschäftigte sich am Dienstag mit der Neugliederung des Bundesgebietes. Den Beratungen lag ein Entwurf zu Grunde, der in der vorigen Woche von einem Redaktionskomitee ausgearbeitet worden war. Der Ausschuss beschloß, ein neues Redaktionskomitee zu bilden.

Die KPD-Fraktion des Parlamentarischen Rates hat am Dienstag in einem an den Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassungsgerichtshof und Rechtsplege, August Heinrich Zinn, gerichteten Schreiben, daß die Schaffung eines Bundesgerichtshofes im Zusammenhang mit dem Entwurf des Verfassungsentwurfes unterbleibe. Dafür soll — das KPD-Vorschlag zufolge — das Bundsparlament für die Dauer seiner Wahlperiode einen Verfassungsausschuss wählen, in dem alle

Fraktionen des Bundsparlamentes vertreten sind und dem alle Funktionen eines Bundesgerichtshofes obliegen.

Italienische Vorschläge für ein Vereintes Europa

London, 27. Okt. (Dena-Reuters) Die italienische Regierung veröffentlichte am Dienstagabend ein Memorandum mit drei Vorschlägen zur Bildung eines Vereinten Europas. Der Europa-Wiederaufbau in Paris sollte ermöglicht werden, ein System zur ständigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf wirtschaftlichem Gebiet zu bilden. 2. Zur Prüfung internationaler politischer Fragen sollte ein politischer Ausschuss gebildet werden. 3. Ein europäischer Gerichtshof sollte gebildet werden. Von wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausgehend, müsse Europa zu politischer und sozialer Zusammenarbeit gelangen.

Die italienische Regierung veröffentlichte am Dienstagabend ein Memorandum mit drei Vorschlägen zur Bildung eines Vereinten Europas. Der Europa-Wiederaufbau in Paris sollte ermöglicht werden, ein System zur ständigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf wirtschaftlichem Gebiet zu bilden. 2. Zur Prüfung internationaler politischer Fragen sollte ein politischer Ausschuss gebildet werden. 3. Ein europäischer Gerichtshof sollte gebildet werden. Von wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausgehend, müsse Europa zu politischer und sozialer Zusammenarbeit gelangen.

Die italienische Regierung veröffentlichte am Dienstagabend ein Memorandum mit drei Vorschlägen zur Bildung eines Vereinten Europas. Der Europa-Wiederaufbau in Paris sollte ermöglicht werden, ein System zur ständigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf wirtschaftlichem Gebiet zu bilden. 2. Zur Prüfung internationaler politischer Fragen sollte ein politischer Ausschuss gebildet werden. 3. Ein europäischer Gerichtshof sollte gebildet werden. Von wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausgehend, müsse Europa zu politischer und sozialer Zusammenarbeit gelangen.

Konservative gegen Verstaatlichung

Thronrede König Georgs VI.

London, 27. Okt. (AP) Die Ankündigung eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens durch König Georg VI. in seiner Thronrede zur Eröffnung der neuen Parlamentsperiode hat sofort Gegenmaßnahmen der konservativen Opposition auslöste. Die Führer der konservativen Parteien haben umgehend nach der Rede des Königs mit der Vorbereitung eines ersten Angriffs gegen diese Maßnahme begonnen. Sie planen einen Zusatzantrag zu der Rede, in dem sie die Aufnahme von Verstaatlichungsplänen in diese Rede ablehnen. Sollte dieser Zusatzantrag, der einem Tadelvotum gleichkommt, gebilligt werden, so würde die Regierung des Ministerpräsidenten Clement Attlee zum Rücktritt gezwungen sein.

Im Oberhaus forderte Lord Amwell als Vertreter der Labourpartei die Annahme der Verstaatlichungspläne. Der Führer der Konservativen, Lord Salisbury, nannte diese jedoch „unbedacht, unklug und gefährlich“.

Zu den von König Georg angekündigten Plänen zur Stärkung der britischen Verteidigung führte der Ministerpräsident Clement Attlee später vor dem Unterhaus aus, die Auffüllung der Streitkräfte dürfe nicht dazu führen, daß die erforderlichen Industriekräfte entzogen werden. Ein Ausgleich müsse gefunden werden. Die Regierung habe weder die Absicht, im Falle eines Krieges eine passiv Haltung anzunehmen, noch wolle sie im Frieden große Aufwendungen für Luftschutzbauten oder andere Schutzmaßnahmen machen. Hauptzweck des Regierungsplanes sei es, die Schaffung einer Reserve gedienten Anreiz zu sichern.

Der Kommunismus sei daran interessiert, Chaos zu schaffen. Ihm liege nichts daran, in anderen Ländern einen Wohlstand aufbauen zu sehen. Die Lebensstandard schaffen, der das Volk davon abhält, sich zum Kommunismus hinüberzusetzen, zu lassen.

Arbeit in Stichworten

Rechtsausschuß: Der Rechtsausschuß der UN-Vollversammlung beschloß am Montag mit 25 Gegenstimmen, die kulturellen Völkermord“ aus dem Entwurf für eine Konvention über den „Völkermord“ zu streichen.

Unter Ausschluß: Der Ausschuss lehnte am Montag den sowjetischen Vorschlag ab, die Land-, See- und Luftstreitkräfte der fünf Großmächte innerhalb eines Jahres um ein Drittel zu vermindern. Ferner wurde der neue sowjetische Vorschlag zur Errichtung eines internationalen Kontrollorgans zurückgewiesen, dem die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Landtag kritisiert Wirtschaftspolitik

91. Sitzung des würt.-bad. Landtags im Zeichen der Preissteigerungen

(Von unserer Stuttgarter Redaktion)
Stuttgart, 27. Okt. Die 91. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags am 27. Oktober stand im Zeichen der Preissteigerungen und der Wirtschaftspolitik von Professor Erhard. Wirtschaftsminister Dr. Veit (SPD) nahm auf Grund einer CDU-Anfrage über die Preissteigerungen für Güter und Leistungen des täglichen Marktes Stellung. Er erklärte, daß die Preissteigerungen ein Zeichen für eine gesunde Wirtschaft vollständig ausgeschlossen sei, daß die Nachfrage das Angebot übersteige. Anhand von Preisbeispielen von den Lebensmittelgruppen wie Getreide, Entwicklung nach die eine ständig steigende Tendenz gezeigt habe. Die gleiche Entwicklung wies Minister Veit in Textilien und anderen Waren nach. Dazu käme bereits wieder die Tendenz der Unzulänglichkeit der Rohstoffzufuhr anstelle der Entwicklung gegenüber liegen zu können.

Der lebensnotwendige Export ginge zurück, weil die Fabrikanlagen auf dem Inlandmarkt größere Vorteile fänden. Das Gesetz gegen die Preissteigerung käme viel zu spät und gebe eine schlechte Handhabung. Wörtlich erklärte er: „Wir alle erstreben eine Marktwirtschaft, die so besser ist, aber es muß eine Wirtschaft mit Konkurrenz herrschen.“

An das Jedermann-Programm dürften nur bescheidene Hoffnungen geknüpft werden, denn teilweise seien nur 15% der an sich schon unzureichenden Produktion für dieses Programm vorgesehen worden. Es wäre besser, so schlägt Dr. Veit vor, nicht jedem, sondern nur den Bedürftigsten diese Ware zukommen zu lassen. Es müsse endlich auch in Frankfurt geordnet werden. Denn Deutschlands Wirtschaft verfrage keine wirtschaftliche und soziale Krise. Die Reallohn würden sinken, die Arbeitsleistung nachlassen, obwohl die Produktion auf Grund besserer Rohstoffzufuhr ansteige. Ein Millionenheer Bedürftiger klage an.

Abgeordneter Dr. Häring (CDU) trat für die Politik Professor Erhards ein. Der Preisanstieg sei nicht allein auf die Produktion zurückzuführen. Er führte dazu die einzelnen Kostenelemente in der Produktion an. Handelt es sich um Preisanstieg geführt hätten. Große Schuld trage auch die zu hohe Kopfkote der Geldordnung an dem Anstieg. Auf das Jedermann-Programm eingehend, erklärte Abgeordneter Häring, daß die englische Arbeiterpartei das Vorbild dazu gegeben habe. Abgeordneter Pfleger (SPD) erklärte, daß es heute nicht um Parteipolitik ginge, sondern darum, gemeinsam die Not zu beseitigen. Gewisse Schichten der Bevölkerung seien unheimlichweise auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Im Telegrammstil

Washington. Die ERP-Administration (Eca) bewilligte am Montag Marshall-Plan-Zuteilungen in Höhe von 33 858 127 Dollar. Von diesem Betrag erhält Frankreich 21 498 000 Dollar, die Bizone 48 000 Dollar (zum Einkauf von Kopal) und die französische Zone 83 000 Dollar für Frachtspesen. Gleichzeitig wurde jedoch von den Fröhen für die Bizone bewilligten Mitteln 33 000 Dollar gestrichen. (Dena)

Asuncion (Paraguay). Die Regierung von Paraguay gab am Dienstag bekannt, daß die Revolte in Asuncion niedergeschlagen worden sei. Der Führer der Aufständischen, Oberst Carlo Montano, habe sich der Regierung ergeben. (AP)

London. Großbritannien hat am Dienstag von den USA eine Marshall-Plan-Anleihe in Höhe von 310 Mill. Dollar erhalten. (Dena-Reuters)

Wien. Die sterblichen Überreste Franz Lehars werden am Samstag in Bad Ischl beigesetzt werden. Der Wiener Bildhauer Willy Kauer hat die Totenmaske abgenommen. — Walter Ulbricht und Max Fechner, zwei maßgebende Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei der DDR, werden am 14. Kongreß der Kommunistischen Partei Österreichs teilnehmen, der in Wien am 20. Oktober beginnt und bis zum 1. November dauert. (Dena/AP)

Athen. König Paul von Griechenland unterzeichnete am Montag ein Dekret, das über den Peloponnes der Ausnahmezustand verhängt wird. (AP)

München. Kardinal Dr. Josef Frings, Bischof von Köln, wurde von Papst Pius den Zweifeln zum Hohen Protektor für das gesamte Bistum ernannt. — Die Ernennung des ehemaligen Berliner Korrespondenten der „New York Post“, Kendall Foss, zum Nachfolger von Jack M. Fletcher als Chefredakteur der „Neuen Zeitung“, wurde am Mittwoch von Oberst Gordon E. Texor bekanntgegeben. (AP/Dena)

Kurz beleuchtet

Die Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaftspolitik durch vielfach ungerichteten und gefährlichen Preisanstieg scheint jetzt endlich mit entscheidenden Maßnahmen beschränkt zu werden. Preiswuchergesetz, Jedermann-Programm, die erstrebten Fertigerimporte, die Proklamation der Verwaltung in Frankfurt, auf dem Lebensmittelsektor die Bewirtschaftungsbestimmungen zu respektieren, die Anerkennung seitens des Bauernverbandes, daß die zugestanden Preissteigerungen die Produktionslage der Landwirtschaft gestärkt haben und sein Appell an die Bauern, den Verlockungen des Schwarzmarktes zu entsagen — all das sind Momente, die zu guten Hoffnungen berechtigen. Sie können Wahrheit werden, wenn die Kontrollorgane nicht versagen, sondern sich mit der nötigen Entschlossenheit gegen die Verlockungen der Demokratie auf die Autorität nicht verzichten werden kann. Mit papierenen Ermahnungen und ewiger Langmut muß Schluß sein, es wird Zeit, gegen alle Sinne der gegen das Allgemeininteresse — seien in Industrie, Handel oder Landwirtschaft — unverzüglich mit den Zwangsmaßnahmen und Strafen vorzugehen, für die genügend gesetzliche Möglichkeiten geschaffen worden sind. Es ist die höchste Zeit, daß die Demokratie ihren lädierten Kredit durch schnelles, klares und entschlossenes Handeln repariert und stärkt. W. S.

Die Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaftspolitik durch vielfach ungerichteten und gefährlichen Preisanstieg scheint jetzt endlich mit entscheidenden Maßnahmen beschränkt zu werden. Preiswuchergesetz, Jedermann-Programm, die erstrebten Fertigerimporte, die Proklamation der Verwaltung in Frankfurt, auf dem Lebensmittelsektor die Bewirtschaftungsbestimmungen zu respektieren, die Anerkennung seitens des Bauernverbandes, daß die zugestanden Preissteigerungen die Produktionslage der Landwirtschaft gestärkt haben und sein Appell an die Bauern, den Verlockungen des Schwarzmarktes zu entsagen — all das sind Momente, die zu guten Hoffnungen berechtigen. Sie können Wahrheit werden, wenn die Kontrollorgane nicht versagen, sondern sich mit der nötigen Entschlossenheit gegen die Verlockungen der Demokratie auf die Autorität nicht verzichten werden kann. Mit papierenen Ermahnungen und ewiger Langmut muß Schluß sein, es wird Zeit, gegen alle Sinne der gegen das Allgemeininteresse — seien in Industrie, Handel oder Landwirtschaft — unverzüglich mit den Zwangsmaßnahmen und Strafen vorzugehen, für die genügend gesetzliche Möglichkeiten geschaffen worden sind. Es ist die höchste Zeit, daß die Demokratie ihren lädierten Kredit durch schnelles, klares und entschlossenes Handeln repariert und stärkt. W. S.

Die Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaftspolitik durch vielfach ungerichteten und gefährlichen Preisanstieg scheint jetzt endlich mit entscheidenden Maßnahmen beschränkt zu werden. Preiswuchergesetz, Jedermann-Programm, die erstrebten Fertigerimporte, die Proklamation der Verwaltung in Frankfurt, auf dem Lebensmittelsektor die Bewirtschaftungsbestimmungen zu respektieren, die Anerkennung seitens des Bauernverbandes, daß die zugestanden Preissteigerungen die Produktionslage der Landwirtschaft gestärkt haben und sein Appell an die Bauern, den Verlockungen des Schwarzmarktes zu entsagen — all das sind Momente, die zu guten Hoffnungen berechtigen. Sie können Wahrheit werden, wenn die Kontrollorgane nicht versagen, sondern sich mit der nötigen Entschlossenheit gegen die Verlockungen der Demokratie auf die Autorität nicht verzichten werden kann. Mit papierenen Ermahnungen und ewiger Langmut muß Schluß sein, es wird Zeit, gegen alle Sinne der gegen das Allgemeininteresse — seien in Industrie, Handel oder Landwirtschaft — unverzüglich mit den Zwangsmaßnahmen und Strafen vorzugehen, für die genügend gesetzliche Möglichkeiten geschaffen worden sind. Es ist die höchste Zeit, daß die Demokratie ihren lädierten Kredit durch schnelles, klares und entschlossenes Handeln repariert und stärkt. W. S.

Die Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaftspolitik durch vielfach ungerichteten und gefährlichen Preisanstieg scheint jetzt endlich mit entscheidenden Maßnahmen beschränkt zu werden. Preiswuchergesetz, Jedermann-Programm, die erstrebten Fertigerimporte, die Proklamation der Verwaltung in Frankfurt, auf dem Lebensmittelsektor die Bewirtschaftungsbestimmungen zu respektieren, die Anerkennung

3. Jahrgang Nr. 146 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Zeichen der Gesundung

Viel Apathie und Müdigkeit herrscht noch im Land, und niemand braucht sich nach dem Volk und Einzelnen zugelegten Schlägen darüber zu wundern, aber es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die politische Narbe des Deutschen die Folge von Krieg und Katastrophe allmählich verliert.

Es zeugte von einer verhängnisvollen Mindererschätzung, wollte man das Gute, das sich im Gestrüß des Widersinnigen und Schiefen in uns und außerhalb unserer Zäune an die Oberfläche drängt, übersehen oder in seiner Tendenz verkennen.

Aber der Kumpel vom Revier hat nicht nur Stimmen in die Wahlurnen, sondern wie es sein Beruf mit sich bringt, auch Kohlen in einem solchen Ausmaß in die Loren geworfen, daß der bisherige Leistungsrekord an der 300 000-t-Grenze mit jetzt 308 500 t weit überboten wurde.

Nur wer will, daß das Zentralproblem jeglicher Produktionssteigerung die Erhöhung der Kohlenförderung ist, kann die Wirkung dieser Bergmannleistung für die übrigen Zweige unserer Wirtschaft ermessen. Carapunkte, Amalgamzettel und Textilkupons als Anreiz zur Leistungssteigerung für die Bergleute sind mit der Reichsmark verschwunden.

Das verpflichtet alle an und in der Wirtschaft Tätigen, besonders die Verantwortlichen an der Spitze einer sozialen Moral mitzuwirken, die den schärfsten Ausmerzer, der seinem krankhaften Egoismus auf Kosten der Allgemeinheit die Zügel schießen läßt.

Nichts zeigt dies deutlicher als die Abstimmungsvorgänge bei den Gemeindevahlurnen in Schleswig-Holstein. Die dortigen Wähler des Landes hat das Wahlvolk bei einer überaus hohen Wahlbeteiligung zwischen 80 und 90 Prozent ein eindeutiges Bekenntnis zum deutschen Volkstum Schleswig-Holsteins abgegeben.

Das Wesentliche aber ist die Abwendung der Wählerschaft auch in der Zeit härtester persönlicher Bedrängnis von allen radikalen Splitterparteien und ihrer Eingliederung in die beiden Weltanschauungsgruppen der SPD und CDU. Ihr gemeinsamer Kampf hat in der selben Stunde, wo die Dänen in London über die Schleswigfrage verhandeln, der ganzen Welt mit dem Stimmzettel in freier Abstimmung den überwiegend deutschen Charakter des Landes erwiesen.

Restitutions sabotieren ERP

Der ERP-Administrator Paul G. Hoffman hat im Auftrage der amerikanischen Regierung mit den Regierungen in London und Paris über die Frage verhandelt, ob es im Interesse des europäischen Wiederaufbaus nicht praktischer sei, zur Demontage vorgesehene Betriebe in Deutschland weiterarbeiten zu lassen, anstatt sie zu demontieren.

Die „Kleine Candy-Luftbrücke“

Gale S. Halverson, ein 27-jähriger amerikanischer Leutnant, der zwar Junggeselle ist, aber Kinder „schrecklich gern“ mag, erzählt uns, wie er und andere Piloten der Luftbrücke deutsche Kinder im amerikanischen Sektor Berlins mit Schokolade und anderen Süßigkeiten bombardieren.

Leutnant Halverson taufte sein Unternehmen Operative Little Vittles im Gegensatz zur großen Operation Vittles, wie die Luftbrücke offiziell bezeichnet wird.

Die Geschichte nahm im Juli dieses Jahres ihren Anfang. Leutnant Halverson flog damals zweimal täglich eine Transportmaschine von Frankfurt am Main nach Berlin, hatte aber noch keine Möglichkeit gehabt, die frühere Reichshauptstadt zu besichtigen.

Am Rand des Tempelhofer Flugplatzes blieb er stehen, um ein paar Filmaufnahmen von landenden Flugzeugen zu machen. Als er fertig war, standen an der Landebahn viele kleine Kinder.

„Niemand darf seines Lebens, seiner Freiheit oder seines Besitzes beraubt werden, es sei denn auf Grund eines gesetzlichen Gerichtsverfahrens (due process of law)“.

Die Militärregierungen der Besatzungsmächte sind bisher trotz aller Vorstellungen von deutscher Seite nicht gewillt, das Vorliegen eines normalen Geschäftsabschlusses auf beiden Seiten anzuerkennen.

Zu einer grundsätzlichen Aussage zwischen alliierten und deutschen Sachverständigen des internationalen Restitutionsrechts ist es bisher nicht gekommen. Einige Vertreter der höchsten alliierten Restitutionsbehörden vertreten sogar den rechtlich abwegigen Standpunkt, daß die ausländischen Restitutionsansprüche staatliche Claims wären und nicht als Ansprüche Einzelpersonen.

Wenn die jeweiligen ausländischen Lieferanten der zur Restitution verlangten Güter entstanden, weil sie von den restitutionsfordernden Staaten in vielen Fällen nur zur Erreichung reparationspolitischer Extravorteile ohne Rechtsgrund benutzt werden und damit manche Einzelplaner für ERP zunichte machen.

Es haben dort zu Tausenden das Feld beherrscht, die in den letzten Jahren in den gefährlichsten und unheimlichsten Umständen der Kriegszeit die Produktion der Welt in den Händen hatten.

Es ist nicht länger Platz auf der Erde für den Eigennutz des einzelnen. Er muß für nichts als Kummer, Leiden und Tod. Die Welt ist zu klein geworden für die Selbstsucht, zu klein für rein nationalstaatliche Interessen.

Das deutsche Volk lebt im Herzen eines Kontinents, in dem ein Kampf zwischen zwei Wirtschaftssystemen und zwei Arten des politischen und geistigen Glaubens vor sich geht; dieser Kampf jedoch zu einem friedlichen Kampf gemacht werden.

Wir Diplomaten entre nous

Bonn empfängt seine Besucher heute nicht nur mit glühroten Orchideenbeeten, sprudelnden Springbrunnen und strahlender Straßenbeleuchtung, sondern auch mit geradezu galanten Polizisten, die mit parlamentarischer Höflichkeit Auskunft geben. Straßen zeigen und manchmal sogar Koffer tragen helfen. Seitdem der Parlamentarische Rat über diese Stadt im Rheinweinschlummer hereingebrochen ist, hat sie ein ganz anderes Gesicht, ein „gewachsenes“, wie der Bonner Oberbürgermeister sagte.

Wir stellen vor ...

... Fliegersegeant „Lewis, die Ziege“ und Kamele „Clarence“, die sich anscheinend beide nicht nur der Fliegerei verschrieben haben, — sie repräsentieren die britische Royal Air Force und die amerikanische Luftwaffe —, sondern nebenbei oder hauptsächlich Maskottchen-dienste leisten. „Clarence“ kam und „Serjeant Lewis“ ging — sie wurde mit allen militärischen Ehren von einem RAF-Stützpunkt entlassen.

Wir Diplomaten entre nous

Von unserem G.S.-Sonderkorrespondenten in Bonn

Die Fremden können wieder wie gehabt — mit Beelen auf den Drachenreitern, mit Luftfahrzeugen den Rhein besichtigen und mit Omnibussen an die Mosel fahren. Sie können hier auch die modernsten Kleider und die elegantesten Schuhe kaufen, die höchsten Baumkuchen und die fettigste Schlag-sahne essen. Echte, ungefälschte Schlag-sahne. Von Köhnen. Und vor allem können sie mit Andacht Wein trinken. Sie müssen eben nur ein gut gepolstertes Portemonnaie haben.

„Einmal am Rhein“, sangen auch zwei Abgeordnete des Parlamentarischen Rates auf ihrem kurvenreichen Nachhauseweg. Hinter ihnen ging ein boshafter Reporter und schrieb über sie eine noch boshaftere Glosse. Denn die beiden hatten weitergesungen: „Und dann zu zweit alleine sein“, und das waren sie nun auch wirklich. Denn diese beiden bildeten im Parlamentarischen Rat ihre eigene Fraktion. Nicht etwa, daß der Reporter Namen genannt hätte, o nein. Er schrieb nur, daß die beiden einen schweren Stand hätten, weil sich ihre Arbeit darin erschöpfte, grundsätzlich dagegen zu sein.

„Ich hatte Angst Soldat zu werden, und wollte meine UK-Stellung sichern“, entschuldigte sich Norbert Schulze, Kompanist der „Lilli-Marlene“ vor der Spruchkammer. Mein Gatte hat ein tiefes Interesse an Wohlfahrt des Einzelmenschen und seiner Freiheit in der ganzen Welt. Er wollte die Grundlage der Sicherheit erweitern für die Freiheit von Not, die Freiheit von Aggression und die Freiheit des Redens und Handelns, wie er dem Einzelwesen gestattet würde, seine Kräfte voll zu bilden und zu entwickeln.

Die freien Völker der Erde werden für immer auf die Worte Nazismus und Faschismus mit Abscheu blicken, und es darf dem Sowjetismus nicht gestattet werden, die frei gewordene Position zu beziehen, die vom Nazismus und Faschismus hinterlassen wurde, und irgendwelche gleichen Methoden fortzusetzen, die die Furcht und den Haß der anderen Systeme hervorriefen.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Das Fazit einer Reise

Im nachfolgenden bringen wir den Schluß der Reise, die Mrs. E. Roosevelt anlässlich ihrer Stuttgarter Auftragsreise mit den Frauen der Arzteeinrichtung gehalten hat.

Sie haben dort zu Tausenden das Feld beherrscht, die in den letzten Jahren in den gefährlichsten und unheimlichsten Umständen der Kriegszeit die Produktion der Welt in den Händen hatten.

Es ist nicht länger Platz auf der Erde für den Eigennutz des einzelnen. Er muß für nichts als Kummer, Leiden und Tod. Die Welt ist zu klein geworden für die Selbstsucht, zu klein für rein nationalstaatliche Interessen.

Das deutsche Volk lebt im Herzen eines Kontinents, in dem ein Kampf zwischen zwei Wirtschaftssystemen und zwei Arten des politischen und geistigen Glaubens vor sich geht; dieser Kampf jedoch zu einem friedlichen Kampf gemacht werden.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.



Wir stellen vor ...

... Fliegersegeant „Lewis, die Ziege“ und Kamele „Clarence“, die sich anscheinend beide nicht nur der Fliegerei verschrieben haben, — sie repräsentieren die britische Royal Air Force und die amerikanische Luftwaffe —, sondern nebenbei oder hauptsächlich Maskottchen-dienste leisten.

„Einmal am Rhein“, sangen auch zwei Abgeordnete des Parlamentarischen Rates auf ihrem kurvenreichen Nachhauseweg. Hinter ihnen ging ein boshafter Reporter und schrieb über sie eine noch boshaftere Glosse.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und die Regierung durch die Majorität. Menschen können ihre Meinungen ändern, jedoch muß dies unter Recht und Gesetz geschehen und durch Überzeugung, nicht durch Gewalt, wenn die Welt von der Furcht vor dem Krieg und den Schrecken, die ihn anhaften, befreit werden soll.

Gas- und Wassertarife werden erhöht

Halbtagsarbeit der Behörden an Allerheiligen — Gleiche Regelung der Industrie empfohlen

Der Stadtrat beschloß in der letzten öffentlichen Sitzung am 26. Oktober 1948 die Erhöhung der Gas- und Wassertarife. Die beträchtliche Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise zwangen die Stadtverwaltung — um einen Teil der Selbstkosten zu decken — die Preise für Hausgas von 18 auf 20 Pfg. pro cbm und Wasser von 18 auf 20 Pfg. zu erhöhen. Die Wasserpreise und Gaspreise sind im Mittel um 11,1% bzw. 11,1% erhöht. Die Wasserpreise sind im Mittel um 11,1% bzw. 11,1% erhöht. Die Gaspreise sind im Mittel um 11,1% bzw. 11,1% erhöht.

In der Sitzung, die unter dem Vorsitz von Bürgermeister F. Heurich stand, stellte Beigeordneter Dr. Ball fest, daß er bereits bei der Strompreiserhöhung Tarifänderungen für Gas und Wasser ausgesagt hätte. Nachdem der Wirtschaftsausschuss die Erhöhung der Kohlenpreise abgelehnt habe, sei die Stadtverwaltung gezwungen gewesen, die erste Kohlenpreiserhöhung um 1,4 ds. Ja, in Anrechnung zu bringen. Dr. Ball gab an, die Kohlenpreiserhöhung um 1,4 ds. Ja, in Anrechnung zu bringen. Dr. Ball gab an, die Kohlenpreiserhöhung um 1,4 ds. Ja, in Anrechnung zu bringen.

In der lebhaften Debatte brachten die Parteien zum Ausdruck, daß sie nur deshalb der Vorlage zustimmten, um die städtischen Werke nicht zu gefährden. Stadtrat Zwickler (SPD) führte aus, daß die SPD zur Rettung der städt. Werke schweren Herzens dieser unangenehmen Maßnahme zustimme und gleichzeitig zum Ausdruck bringe, daß sie sich mit den Maßnahmen des Wirtschaftsrates nicht einverstanden erklärt, der ablehne, die einvernehmliche Erhöhung der Kohlenpreise zu unterstützen.

Stadtrat Schwarz (CDU) betonte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde. Er forderte, die Erhöhung der Kohlenpreise zu unterstützen, um die städtischen Werke zu retten. Stadtrat Schwarz (CDU) betonte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Dietz (KPD) erinnerte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde. Er forderte, die Erhöhung der Kohlenpreise zu unterstützen, um die städtischen Werke zu retten.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

Stadtrat Baur (CDU) skizzierte die Umstände, die die Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machten. Er erklärte, daß die Erhöhung der Kohlenpreise ein unumkehrbarer Schritt sei, der die Stadtverwaltung zu weiteren Maßnahmen zwingen werde.

hörungen nach gewissenhafter Kalkulation auf das Gas umgelegt werden. Er sei in der Preisentwicklung durchaus der Meinung, daß die „Blüten“ mit allen Mitteln bekämpft werden müßten. Er warte keine Karotten einzuheulen werden. Bei der Kartenausgabe wird außerdem eine Befragung durchgeführt, welche Verbraucher Fische, das Ernährungsbüro weist darauf hin, daß die Fischabschnitte der 19. Zuteilungsperiode mit Ablauf des 31. 10. 1948 keine Fischabschnitte dieser Zuteilungsperiode mehr angenommen werden. Die Fischabschnitte sind verputzt bis spätestens 4. 11. 1948 abzubrechen.

Auskunft über Vermittler. Der Hilfsdienst hat eine Broschüre mit rund 2000 Feilpostnummern herausgegeben, für die beim Postamt Heimkehrer-Adressen vorliegen. Die Broschüre liegt in den Briefkästen an den üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme aus; bei der Auskunft (Pforten) 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

KURZE STADTNOTIZEN

Kennkarten müssen von den Familienmitgliedern, die die Lebensmittelkarten abholen, vorgelegt werden. Ohne Kennkarte erfolgt keine Ausgabe, da die gelben Perforationsausgaben nicht einbehalten werden. Bei der Kartenausgabe wird außerdem eine Befragung durchgeführt, welche Verbraucher Fische, das Ernährungsbüro weist darauf hin, daß die Fischabschnitte der 19. Zuteilungsperiode mit Ablauf des 31. 10. 1948 keine Fischabschnitte dieser Zuteilungsperiode mehr angenommen werden. Die Fischabschnitte sind verputzt bis spätestens 4. 11. 1948 abzubrechen.

Auskunft über Vermittler. Der Hilfsdienst hat eine Broschüre mit rund 2000 Feilpostnummern herausgegeben, für die beim Postamt Heimkehrer-Adressen vorliegen. Die Broschüre liegt in den Briefkästen an den üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme aus; bei der Auskunft (Pforten) 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik. Die Tarifverhandlungen sind nicht eine Folge der städtischen Politik, sondern der Wirtschaftspolitik.



Das ist Miß Karlsruhe, die am Montag gewählt wurde. Wir hätten zwar vieles möglicher, aber eine Schönheitskönigin ist auch etwas. (Foto Bauer)

„Wer einmal aus dem Blechnapf ist...“

Ein alter Zuchthäuser als Grußbesteller

Unter mancherlei Verbrechen sind die Grußbesteller, die sich an Familienvervollständiger Soldaten heranzumachen und sich als Karren der Vermittlung ausgeben, in die dieser angeblichen Bekanntheit Kapital zu schlagen, vielleicht die skrupellosesten. Auch der aus dem Hängover-Verbrechen stammende und in Sachen beherrschte 48 Jahre alte Georg Fricke, der über dessen Festnahme in Karlsruhe wir im April berichteten, gehört zu diesen verantwortlichen Typen, denen es nicht daran liegt, die Angehörigen der Eltern und Frauen auszubeten und ihrem niedrigen Geschäftssinn dienbar zu machen.

Von der Strafkammer I, vor der sich Fricke, ein wegen Betrugs wiederholt mit Gefängnis und zweimal im Vorbestrafungsregister verurteilter Mann, verantworten mußte, waren insgesamt vier Fälle von Betrug in Betracht zu ziehen. In den beiden ersten, die ins Jahr 1948 zurückreichen und in Hannover und Sachsen begangen wurden, hatte der Zuchthäuser sich mit dem Vater bzw. der Frau eines Vermittlers in Verbindung gesetzt und sich stark gemacht, auf Grund seiner guten Beziehungen zu russischen Stellen die Freilassung der Gefangenen zu erwirken. Beide Male wurde seine Aktion mit Telegrammen vorbereitet. Einem Kaufmann aus Schweningen, den er an den Hbf. Karlsruhe beorderte hatte, richtete er Grüße von seinem verstorbenen Vater, der 150 RM Speise und ließ sich einige wertvolle Uhren zuweisen, die zur Unkostendeckung der von ihnen in die Wege geleiteten Befreiung dienen sollten. Am nächsten Tag traf

Der Schweizer Schriftsteller Werner Zimmermann sprach zu Gegenwarts-Problemen

Der Schweizer Schriftsteller Werner Zimmermann bereist zur Zeit auf dem ersten Weltkrieg verbunden ist, Deutschland im vollbesetzten Bonifatiusfeld. Der Redner sieht die Gegensätze in den verschiedenen weltanschaulichen Zielen der beiden Parteien. Der Osten, mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung beschäftigt, wolle die Freiheit aller zum Ziel, diese sei aber nur durch Brüderlichkeit zu verwirklichen. Die Sowjets fordern, daß der Kapitalismus überwinden werde, die selbst hätten aber den Kapitalismus verstaatlicht. Der Westen warte nun auf ein Versagen des Aufbaus im Westen. Tatsächlich seien die Zustände in Frankreich und England im dritten Jahr nach dem Krieg aus dem dritten Jahr vorbildlich und das Mißtrauen der Russlands in die Fähigkeiten der westlichen Siegerstaaten nicht unberechtigt. Wenn es gelänge, im Westen Arbeit und damit Wohlstand zu schaffen, würde die Krise überwunden. Deutschland werde die Krise aber dabei von großem Erfolg im wirtschaftlichen Aufbau nicht ausbleiben. Doch das allein genüge nicht. Der einzelne müsse sich die Entwicklung über das Wohl und Wehe nicht den wenigen überlassen, die das Volk nach ihrem Willen lenken. Außerdem gelte es, den Gutmeinenden in der Regierung den Rücken zu stärken.

Auf dem Weg eines neuen Krieges sei in Zukunft nichts zu erreichen. Das habe auch die Schweiz seit 1915 begriffen, als nach der Schlacht am Marino in Oberitalien die große Wendung vollzog. Nicht ein „Volk ohne Raum“ sei schlecht daran, sondern das, welches seine Geborgenheiten nicht richtig zu lenken verstände.

„Das ist allerdings böse“, erklärte er. „Ohne gültige Fahrkarte dürfen Sie nicht im Zug bleiben, sofern Sie nicht versprechen können, daß auf der Endstation die Sache geregelt wird. Da weiß ich Ihnen leider keinen Rat.“

Roger war jedoch inzwischen zu einem Entschluß gelangt, — es blieb ihm tatsächlich nichts übrig, als einen Cassagga zu seinem Onkel in Dunford Hall anzutreten. Ein Glück im Unglück war es gewesen, daß sein Mißgeschick sich weit von Blisworth Junction ereignet hatte, von wo aus Dunford Hall nur eine Stunde scharfen Marsches, entfernt war.

Roger machte sich zum Aussteigen fertig. Als der Zug hielt, begab er sich in Begleitung des Zugführers zum Stationsvorsteher, der über den Vorfall ein Protokoll aufnahm und die Polizei zu verständigen versprach. Dann machte der junge Mann sich auf seinen nicht gerade angenehmen Weg.

Eine unerwartete Begegnung

Der Regen hatte im Verlauf des Nachmittags noch zugenommen und fiel nun in Strömen herab. Als Roger die kleine Ortschaft Blisworth durchquerte, bereits völlig allein sein dünner Überrock bereits völlig durchnäßt, sondern spürte die Feuchtigkeit schon auf seiner Haut. Die Nacht war herangebrochen, und als der junge Mann die letzten Häuser des Ortes hinter sich gelassen hatte, lag sein Weg in tiefer Finsternis.

Um eine Ecke biegend, erreichte er die Landstraße. Auf dem nassen Asphalt der Chaussee, etwa dreißig Schritte voraus, spiegelte sich das rote Schlußlicht eines Autos.

„Hallo!“ rief eine Stimme aus dem Dunkeln.

„Hallo!“ war Rogers Antwort.

Die Spannungen zwischen West und Ost

Schweizer Schriftsteller Werner Zimmermann sprach zu Gegenwarts-Problemen

Der Schweizer Schriftsteller Werner Zimmermann bereist zur Zeit auf dem ersten Weltkrieg verbunden ist, Deutschland im vollbesetzten Bonifatiusfeld. Der Redner sieht die Gegensätze in den verschiedenen weltanschaulichen Zielen der beiden Parteien. Der Osten, mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung beschäftigt, wolle die Freiheit aller zum Ziel, diese sei aber nur durch Brüderlichkeit zu verwirklichen. Die Sowjets fordern, daß der Kapitalismus überwinden werde, die selbst hätten aber den Kapitalismus verstaatlicht. Der Westen warte nun auf ein Versagen des Aufbaus im Westen. Tatsächlich seien die Zustände in Frankreich und England im dritten Jahr nach dem Krieg aus dem dritten Jahr vorbildlich und das Mißtrauen der Russlands in die Fähigkeiten der westlichen Siegerstaaten nicht unberechtigt. Wenn es gelänge, im Westen Arbeit und damit Wohlstand zu schaffen, würde die Krise überwunden. Deutschland werde die Krise aber dabei von großem Erfolg im wirtschaftlichen Aufbau nicht ausbleiben. Doch das allein genüge nicht. Der einzelne müsse sich die Entwicklung über das Wohl und Wehe nicht den wenigen überlassen, die das Volk nach ihrem Willen lenken. Außerdem gelte es, den Gutmeinenden in der Regierung den Rücken zu stärken.

Auf dem Weg eines neuen Krieges sei in Zukunft nichts zu erreichen. Das habe auch die Schweiz seit 1915 begriffen, als nach der Schlacht am Marino in Oberitalien die große Wendung vollzog. Nicht ein „Volk ohne Raum“ sei schlecht daran, sondern das, welches seine Geborgenheiten nicht richtig zu lenken verstände.

„Das ist allerdings böse“, erklärte er. „Ohne gültige Fahrkarte dürfen Sie nicht im Zug bleiben, sofern Sie nicht versprechen können, daß auf der Endstation die Sache geregelt wird. Da weiß ich Ihnen leider keinen Rat.“

Roger war jedoch inzwischen zu einem Entschluß gelangt, — es blieb ihm tatsächlich nichts übrig, als einen Cassagga zu seinem Onkel in Dunford Hall anzutreten. Ein Glück im Unglück war es gewesen, daß sein Mißgeschick sich weit von Blisworth Junction ereignet hatte, von wo aus Dunford Hall nur eine Stunde scharfen Marsches, entfernt war.

Roger machte sich zum Aussteigen fertig. Als der Zug hielt, begab er sich in Begleitung des Zugführers zum Stationsvorsteher, der über den Vorfall ein Protokoll aufnahm und die Polizei zu verständigen versprach. Dann machte der junge Mann sich auf seinen nicht gerade angenehmen Weg.

Eine unerwartete Begegnung

Der Regen hatte im Verlauf des Nachmittags noch zugenommen und fiel nun in Strömen herab. Als Roger die kleine Ortschaft Blisworth durchquerte, bereits völlig allein sein dünner Überrock bereits völlig durchnäßt, sondern spürte die Feuchtigkeit schon auf seiner Haut. Die Nacht war herangebrochen, und als der junge Mann die letzten Häuser des Ortes hinter sich gelassen hatte, lag sein Weg in tiefer Finsternis.

Um eine Ecke biegend, erreichte er die Landstraße. Auf dem nassen Asphalt der Chaussee, etwa dreißig Schritte voraus, spiegelte sich das rote Schlußlicht eines Autos.

„Hallo!“ rief eine Stimme aus dem Dunkeln.

„Hallo!“ war Rogers Antwort.

Eine Gestalt wurde neben dem Auto sichtbar.

„Ich habe eine Reifenpanne, können Sie mir helfen?“

Roger ging raschen Schrittes auf das Auto zu. Es war ein großer, verdeckter Tourenwagen. Der Besitzer hatte sich wieder niedergebückt und setzte seine Verusche fort, die Sicherung des eben ausgewechselten Vorderrades festzuziehen; ein Rad mit geplatzen Reifen lehnte an dem Trittbrett des Wagens.

Was bringt Radio Stuttgart?

Donnerstag, 28. Oktober

6.00 Morgenchoral, Tagesspruch, Frühmusik, 6.45 Nachrichten, 7.00 Morgenschau, 7.15 Morgenmusik, 7.30 Wasser- und Luftwetter, 7.45 Wasser- und Luftwetter, 8.00 Uhr Nachrichten, 8.15 Morgenschau, 8.30 Nachrichten, 8.45 Morgenschau, 9.00 Uhr Nachrichten, 9.15 Morgenschau, 9.30 Nachrichten, 9.45 Morgenschau, 10.00 Uhr Nachrichten, 10.15 Morgenschau, 10.30 Nachrichten, 10.45 Morgenschau, 11.00 Uhr Nachrichten, 11.15 Morgenschau, 11.30 Nachrichten, 11.45 Morgenschau, 12.00 Uhr Nachrichten, 12.15 Morgenschau, 12.30 Nachrichten, 12.45 Morgenschau, 13.00 Uhr Nachrichten, 13.15 Morgenschau, 13.30 Nachrichten, 13.45 Morgenschau, 14.00 Uhr Nachrichten, 14.15 Morgenschau, 14.30 Nachrichten, 14.45 Morgenschau, 15.00 Uhr Nachrichten, 15.15 Morgenschau, 15.30 Nachrichten, 15.45 Morgenschau, 16.00 Uhr Nachrichten, 16.15 Morgenschau, 16.30 Nachrichten, 16.45 Morgenschau, 17.00 Uhr Nachrichten, 17.15 Morgenschau, 17.30 Nachrichten, 17.45 Morgenschau, 18.00 Uhr Nachrichten, 18.15 Morgenschau, 18.30 Nachrichten, 18.45 Morgenschau, 19.00 Uhr Nachrichten, 19.15 Morgenschau, 19.30 Nachrichten, 19.45 Morgenschau, 20.00 Uhr Nachrichten, 20.15 Morgenschau, 20.30 Nachrichten, 20.45 Morgenschau, 21.00 Uhr Nachrichten, 21.15 Morgenschau, 21.30 Nachrichten, 21.45 Morgenschau, 22.00 Uhr Nachrichten, 22.15 Morgenschau, 22.30 Nachrichten, 22.45 Morgenschau, 23.00 Uhr Nachrichten, 23.15 Morgenschau, 23.30 Nachrichten, 23.45 Morgenschau, 24.00 Uhr Nachrichten, 24.15 Morgenschau, 24.30 Nachrichten, 24.45 Morgenschau, 25.00 Uhr Nachrichten, 25.15 Morgenschau, 25.30 Nachrichten, 25.45 Morgenschau, 26.00 Uhr Nachrichten, 26.15 Morgenschau, 26.30 Nachrichten, 26.45 Morgenschau, 27.00 Uhr Nachrichten, 27.15 Morgenschau, 27.30 Nachrichten, 27.45 Morgenschau, 28.00 Uhr Nachrichten, 28.15 Morgenschau, 28.30 Nachrichten, 28.45 Morgenschau, 29.00 Uhr Nachrichten, 29.15 Morgenschau, 29.30 Nachrichten, 29.45 Morgenschau, 30.00 Uhr Nachrichten, 30.15 Morgenschau, 30.30 Nachrichten, 30.45 Morgenschau, 31.00 Uhr Nachrichten, 31.15 Morgenschau, 31.30 Nachrichten, 31.45 Morgenschau, 32.00 Uhr Nachrichten, 32.15 Morgenschau, 32.30 Nachrichten, 32.45 Morgenschau, 33.00 Uhr Nachrichten, 33.15 Morgenschau, 33.30 Nachrichten, 33.45 Morgenschau, 34.00 Uhr Nachrichten, 34.15 Morgenschau, 34.30 Nachrichten, 34.45 Morgenschau, 35.00 Uhr Nachrichten, 35.15 Morgenschau, 35.30 Nachrichten, 35.45 Morgenschau, 36.00 Uhr Nachrichten, 36.15 Morgenschau, 36.30 Nachrichten, 36.45 Morgenschau, 37.00 Uhr Nachrichten, 37.15 Morgenschau, 37.30 Nachrichten, 37.45 Morgenschau, 38.00 Uhr Nachrichten, 38.15 Morgenschau, 38.30 Nachrichten, 38.45 Morgenschau, 39.00 Uhr Nachrichten, 39.15 Morgenschau, 39.30 Nachrichten, 39.45 Morgenschau, 40.00 Uhr Nachrichten, 40.15 Morgenschau, 40.30 Nachrichten, 40.45 Morgenschau, 41.00 Uhr Nachrichten, 41.15 Morgenschau, 41.30 Nachrichten, 41.45 Morgenschau, 42.00 Uhr Nachrichten, 42.15 Morgenschau, 42.30 Nachrichten, 42.45 Morgenschau, 43.00 Uhr Nachrichten, 43.15 Morgenschau, 43.30 Nachrichten, 43.45 Morgenschau, 44.00 Uhr Nachrichten, 44.15 Morgenschau, 44.30 Nachrichten, 44.45 Morgenschau, 45.00 Uhr Nachrichten, 45.15 Morgenschau, 45.30 Nachrichten, 45.45 Morgenschau, 46.00 Uhr Nachrichten, 46.15 Morgenschau, 46.30 Nachrichten, 46.45 Morgenschau, 47.00 Uhr Nachrichten, 47.15 Morgenschau, 47.30 Nachrichten, 47.45 Morgenschau, 48.00 Uhr Nachrichten, 48.15 Morgenschau, 48.30 Nachrichten, 48.45 Morgenschau, 49.00 Uhr Nachrichten, 49.15 Morgenschau, 49.30 Nachrichten, 49.45 Morgenschau, 50.00 Uhr Nachrichten, 50.15 Morgenschau, 50.30 Nachrichten, 50.45 Morgenschau, 51.00 Uhr Nachrichten, 51.15 Morgenschau, 51.30 Nachrichten, 51.45 Morgenschau, 52.00 Uhr Nachrichten, 52.15 Morgenschau, 52.30 Nachrichten, 52.45 Morgenschau, 53.00 Uhr Nachrichten, 53.15 Morgenschau, 53.30 Nachrichten, 53.45 Morgenschau, 54.00 Uhr Nachrichten, 54.15 Morgenschau, 54.30 Nachrichten, 54.45 Morgenschau, 55.00 Uhr Nachrichten, 55.15 Morgenschau, 55.30 Nachrichten, 55.45 Morgenschau, 56.00 Uhr Nachrichten, 56.15 Morgenschau, 56.30 Nachrichten, 56.45 Morgenschau, 57.00 Uhr Nachrichten, 57.15 Morgenschau, 57.30 Nachrichten, 57.45 Morgenschau, 58.00 Uhr Nachrichten, 58.15 Morgenschau, 58.30 Nachrichten, 58.45 Morgenschau, 59.00 Uhr Nachrichten, 59.15 Morgenschau, 59.30 Nachrichten, 59.45 Morgenschau, 60.00 Uhr Nachrichten, 60.15 Morgenschau, 60.30 Nachrichten, 60.45 Morgenschau, 61.00 Uhr Nachrichten, 61.15 Morgens

